

537090-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten – Sicherheitsdienstleistung
Wohnanlage "Schornbuschweg"
OJ S 147/2026 03/08/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Rheinbach

E-Mail: vergabestelle@stadt-rheinbach.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sicherheitsdienstleistung Wohnanlage "Schornbuschweg"

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung ist die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen in der Wohnanlage "Schornbuschweg" für Geflüchtete, Aussiedler und Obdachlose der Stadt Rheinbach.

Kennung des Verfahrens: 3d7654fe-daf2-4fcb-afae-57ba743d30e4

Interne Kennung: 2026/025

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79713000 Bewachungsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schornbuschweg 2-20

Stadt: Rheinbach

Postleitzahl: 53359

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Ein Lageplan ist den Vergabeunterlagen beigelegt. Um sich ein Bild von der Anlage machen zu können, können interessierte Bieter einen Ortstermin über die Zentrale Vergabestelle vereinbaren. Bitte beachten Sie, dass jegliche Kommunikation (Bieterfragen, Rückfragen zum Leistungsverzeichnis, Terminvereinbarungen, etc) ausschließlich über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes erfolgt.

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schweigelstr. 23

Stadt: Rheinbach

Postleitzahl: 53359

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXS0YBTYTT8MRM0W# Die Vergabeunterlagen werden kosten- und registrierungsfrei auf dem Vergabemarktplatz zur Verfügung gestellt. Eine Registrierung wird empfohlen, da registrierte Bewerber mittels Bewerberkommunikation über die Beantwortung von Bieterfragen oder über die notwendigen Änderungen von Vergabeunterlagen unterrichtet werden. Zudem erfolgt die Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabepattform. Fragen zum Verfahren sind ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform zu stellen! Alle Erklärungen und Nachweise sind der Vergabestelle fristgerecht vorzulegen. Bei Angebotsabgabe nicht vorgelegte Erklärungen und Nachweise werden ggfs. innerhalb einer angemessenen Frist nachgefordert. Verspätet oder unvollständig abgegebene Erklärungen/ Nachweise gelten als nicht vorgelegt. Das Angebot soll in diesem Fall von der weiteren Angebotswertung ausgeschlossen werden. Es empfiehlt sich bereits bei Angebotsabgabe alle geforderten Unterlagen und Nachweise beizufügen. Hinweis zur Wertung der Angebote: Bei fehlender Übereinstimmung zwischen der Eingabe im Bieter-Tool und dem Angebot/Angebotsschreiben wird das Angebot/Angebotsschreiben als maßgebend betrachtet. Entspricht im Leistungsverzeichnis (bzw. Preisblatt oder Honorarermittlung) der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Preisposition) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengensatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend. Ab einem Auftragsvolumen von 30.000 Euro erfolgt von Seiten des Auftraggebers eine Abfrage des wirtschaftlichsten Bieters im Wettbewerbsregister. Eintragungen im Register können zum Ausschluss führen. Bei natürlichen Personen wird zum Erhalt entsprechender Auskünfte eine Gewerbeanmeldung nachgefordert.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sicherheitsdienstleistung Wohnanlage "Schornbuschweg"

Beschreibung: Zu den Aufgaben zählen die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Unterkunft, der Objektschutz, der Schutz der untergebrachten Personen sowie der Beschäftigten und Beauftragten der Auftraggeberin im Sinne einer Brandwache, die Überwachung sicherheitsrelevanter technischer Einrichtungen und die Durchsetzung der Benutzungsordnung bzw. Hausordnung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Für die Objektbewachung besteht ein Bedarf von zwei Sicherheitsmitarbeiter*innen über täglich 24 Stunden. In der Zeit von Freitags 12:00 Uhr bis Montags 06:00 Uhr, sowie an Tagen vor gesetzlichen Feiertagen (wenn diese nicht auf ein Wochenende fallen) ab 16:00 Uhr bis zum nächsten Werktag 06:00 Uhr, besteht ein Bedarf von drei Sicherheitsmitarbeiter*innen.

Interne Kennung: 2026/025

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 79710000 Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 79713000 Bewachungsdienste

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Bedarf kann sich mit fortschreitender Belegung oder aufgrund besonderer betrieblicher oder sicherheitsrelevanter Umstände auf maximal vier Sicherheitsmitarbeiter*innen über täglich 24 Stunden erhöhen.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schornbuschweg 2-20

Stadt: Rheinbach

Postleitzahl: 53359

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Ein Lageplan ist den Vergabeunterlagen beigelegt. Um sich ein Bild von der Anlage machen zu können, können interessierte Bieter einen Ortstermin über die Zentrale Vergabestelle vereinbaren. Bitte beachten Sie, dass jegliche Kommunikation (Bieterfragen, Rückfragen zum Leistungsverzeichnis, Terminvereinbarungen, etc) ausschließlich über den Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes erfolgt.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Schweigelstr. 23

Stadt: Rheinbach

Postleitzahl: 53359

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Es besteht die Möglichkeit einer Verlängerung um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2030. Diese Möglichkeit erfolgt jedoch nur in beiderseitigem Einverständnis und muss spätestens bis zum 30. Juni 2029 vereinbart werden.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Es handelt sich um die Vergabe wiederkehrender Aufträge

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# Ein Einsatz von Subunternehmen ist ausgeschlossen.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis über eine Berufshaftpflichtversicherung inkl. ausreichender Deckungssummen (Mit dem Angebot; Mittels Dritterklärung): Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestversicherungssumme im Umfang des § 14 Abs. 2 Verordnung über das Bewachungsgewerbe (BewachV) in der jeweils gültigen Fassung.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzangaben (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mindestens eine Referenz, aus der hervorgeht, dass er bereits mindestens eine zweijährige Firmenerfahrung sowohl im Objektschutz als auch im Umgang mit Geflüchteten hat (Formblatt Referenzen)

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/08/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXS0YBTYTT8MRM0W/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXS0YBTYTT8MRM0W>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXS0YBTYTT8MRM0W>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 01/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Alle Erklärungen und Nachweise sind der Vergabestelle fristgerecht vorzulegen. Bei Angebotsabgabe nicht vorgelegte Erklärungen und Nachweise werden gemäß § 56 VgV mit einer Frist von bis zu 6 Kalendertagen nachgefordert. Verspätet oder unvollständig abgegebene Erklärungen/ Nachweise gelten als nicht vorgelegt. Das Angebot muss in diesem Fall gemäß § 57 VgV von der weiteren Angebotswertung ausgeschlossen werden. Es empfiehlt sich bereits bei Angebotsabgabe alle geforderten Unterlagen und Nachweise beizufügen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Angebot

** Mittels Eigenerklärung: - Angebotsschreiben - Eigenerklärung Ausschlussgründe -

Preisblatt: Mit dem Angebot ist ein vollständig ausgefülltes Preisblatt vorzulegen. -

Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU: Mit dem Angebot ist die Eigenerklärung zum

Sanktionspaket 5 EU abzugeben. ** Mittels Dritterklärung: - Gewerbeanmeldung: Mit dem

Angebot ist eine Nachweis über die Gewerbeanmeldung vorzulegen. - Bewachungserlaubnis

nach § 34a Gewerbeordnung: Mit dem Angebot ist der Nachweis über eine aktuell gültige

Bewachungserlaubnis nach § 34a Gewerbeordnung vorzulegen

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Nach § 160 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichung des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat, der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Nach § 135 Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages in einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, kann jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht werden. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Stadtverwaltung Rheinbach

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Rheinbach

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Rheinbach

Registrierungsnummer: DE123398238

Postanschrift: Schweigelstr. 23

Stadt: Rheinbach

Postleitzahl: 53359

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Sieg-Kreis (DEA2C)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@stadt-rheinbach.de

Telefon: +000

Fax: +49 222691777453

Internetadresse: <https://www.rheinbach.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen

Registrierungsnummer: 05515-03004-07

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Straße 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@brms.nrw.de

Telefon: +49 251411-3698

Fax: +49 251411-2165

Internetadresse: <https://www.brms.nrw.de/themen/wirtschaft-kultur-und-kommunales/vergabekammer-westfalen>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d4e054c3-ed6c-468f-8913-3c0f95fdf975 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 31/07/2026 13:17:26 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 537090-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 147/2026

Datum der Veröffentlichung: 03/08/2026